

MVDA fordert höhere Importquote

APOTHEKE ADHOC, 25.05.2016 14:28 Uhr



In Sorge um Importquote: Der MVDA sieht steigende Arzneimittelkosten als Konsequenz.

Foto: Elke Hinkelbein

Berlin - Die von führenden Gesundheitspolitikern der Regierungskoalition vorgeschlagene Änderung der Importquote führt nach Berechnungen des Marketing Vereins Deutscher Apotheker (MVDA) zu Mehrkosten bei den Arzneimittelausgaben in Millionenhöhe. „Sowohl das Gesundheitssystem als auch die Apotheken stünden eindeutig als Verlierer da“, heißt es in einer MVDA-Stellungnahme. Die Kooperation kann sich eine höhere, aber modifizierte Importquote vorstellen.

Laut MVDA sparten die Krankenkassen im Jahr 2015 rund 239 Millionen Euro durch die Abgabe von Importen. Davon basieren 181 Millionen Euro auf der aktuell gültigen Regel: Derzeit müssen Importarzneimittel bei einer Preisdifferenz von 15 Euro oder 15 Prozent gegenüber dem inländischen Produkt abgegeben werden. „Der Wegfall der 'oder 15 Euro Regelung' hätte weitreichende Konsequenzen“, so der MVDA.

In einem „Grundlagenpapier zu den Ergebnissen des Pharmadialogs“ hatten die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen, Maria Michalk (CDU) und Hilde Mattheis (SPD), sowie die Berichterstatter für Arzneimittel in den jeweiligen Arbeitsgruppen, Michael Henrich (CDU) und Martina Stamm-Fibich (SPD), unter anderem vorgeschlagen, die Importregelung auf den 15 Prozent Preisabstand zu begrenzen.

Laut MVDA-Rechnung entfallen von den 181 Millionen Sparvolumen nur 54,8 Millionen Euro auf die 15-Prozent-Regel. 125,8 Millionen Euro Ersparnis ergäben sich durch Präparate mit mindestens 15 Euro Preisabstand. „Mit Einführung der neuen Regelung würde sich diese Ersparnis um rund 126 Millionen Euro auf rund 55 Millionen Euro reduzieren“, so der MVDA.

Mehr noch: Der Wettbewerb mit dem Originalmarkt würde weitgehend erliegen. Rund 35 Prozent der Importarzneimittel könnten betriebswirtschaftlich nicht mehr gehandelt werden, fürchtet der MVDA: „Der betriebswirtschaftliche Nutzen der Apotheken sowie die Ersparnis der gesetzlichen Krankenkassen würden zwangsläufig sinken.“

Klaus Lieske, Vorsitzender des Marketingausschusses, appelliert an alle Verbandsmitglieder, sich für den Erhalt der derzeitigen Importregelung „stark zu machen“. Er kann sich sogar vorstellen, die Importquote weiter zu erhöhen – wenn von der kassenindividuellen auf eine kassenübergreifende Regelung umgestellt würde: „Dies könnte weiteres Sparpotenzial haben und gleichzeitig die Abgabe in der Apotheke erleichtern.“

Derzeit können Boni pro Kasse angesammelt werden, ein Malus beispielsweise bei einem Rezept aus einem anderen Bundesland kann die Importquote ruinieren und wird am Ende des Jahres bestraft.